

AfD: Wahlprüfsteine der BUND-Kreisgruppe Kiel zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018

In Zukunft werden weiche Standortfaktoren wie Kultur, Bildung, Freizeitangebote, aber auch Klima- und Umweltaspekte Expert*innen zufolge aufgrund der zunehmenden Digitalisierung eine immer wichtigere Rolle bei der Wahl des Wohnortes spielen.

(1) Welches sind die drei wichtigsten Punkte, mit denen die AfD die Lebensqualität in Kiel steigern will?

Die Alternative für Deutschland setzt sich in Kiel für folgende Verbesserungen ein:

1. die Abschaffung der Kitagebühren
2. die Sanierung und gute Ausstattung der Schulen
3. für mehr Sicherheit durch zusätzliche Ordnungskräfte

Das Thema Luftqualität in Kiel hat in den letzten Monaten die Nachrichten beherrscht. Eng verbunden mit der in Kiel v. a. verkehrsbedingten Stickoxid- und Feinstaubbelastung ist auch Lärm. Zusätzlich erleben viele Kieler*innen eine deutliche Verkehrsverschlechterung mit verlängerten Standzeiten.

(2a) Bitte nennen Sie, aufgegliedert nach kurzfristig und langfristig, jeweils 3 vorrangige Maßnahmen eines Mobilitätskonzeptes der AfD für Kiel.

- sinnvolle Ampelschaltungen
- Radwege sollen in guter Qualität erhalten
- ÖPNV stärken
- P&R kostenlos

(2b) Wie steht die AfD zu einer Stadtbahn/Tram?

- nein

So sehr uns eine saubere Umwelt am Herzen liegt, können wir einer Wiedereinführung einer Kieler Straßenbahn gegenwärtig leider nur wenig abgewinnen. Der Grund liegt insbesondere in den sehr hohen Kosten, die den angestrebten Zweck kaum rechtfertigen können. Wir halten eine Verstärkung der Busflotte für eine wirksamere Alternative.

Das Geld lässt sich sinnvoller für eine Stärkung der ÖPNV-Achsen in Kiel, gerne auch in Verbindung mit einer verbesserten Anbindung an das Kieler Umland, verwenden.

Besonders im Hinblick auf eine Verbindung zum Individualverkehr in Form von Park+Ride sehen wir noch beträchtliches Entwicklungspotential

(2c) Wie stellt sich die AfD die Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet vor?

Das Beispiel Citti-Markt zeigt auf, wie wichtig das Kfz immer noch für die Bürger dieser Stadt ist. Auch wenn der Individualverkehr in Zukunft mit gewisser Wahrscheinlichkeit eine geringere Rolle spielen wird als gegenwärtig, lehnen wir ein einseitiges Verkehrskonzept zu Lasten des Autoverkehrs ab.

Daher sprechen wir uns auch klar gegen eine Verknappung des öffentlichen Parkraumes z.B. durch Novellierung der Landesbauordnung aus.

Die Landstromversorgung von Stena und Colorline ist beschlossen.

(3) Welche Maßnahmen wird die AfD fordern, um die Luftverschmutzung durch Kreuzfahrtschiffe zu begrenzen?

Kiel ist als Kreuzfahrthafen weiterhin beliebt. Die über 140 Besuche im Jahr 2017 belegen, dass Kiel sich dauerhaft als Kreuzfahrthafen etabliert hat. Der Schadstoffausschuss der Kreuzfahrtschiffe, die auch weiterhin Schweröl verfeuern, belastet die Umwelt.

Die AfD fordert daher den Einsatz von umweltfreundlichen Treibstoffen, Partikelfiltern und Landstromversorgung für die Kreuzfahrtschiffe, um den Ausstoß an Schwefeloxiden zu minimieren.

Leerstände prägen das Bild der Innenstadt. Der Citti-Park boomt hingegen. Ein Grund dafür ist die Vielzahl kostenloser Parkplätze. Diese bringen eine erhebliche Verkehrsbelastung der umgebenden Stadtteile mit sich. Auf Initiative des Jungen Rates hat die Ratsversammlung einstimmig den Prüfauftrag für eine „autofreie Innenstadt“ an die Verwaltung erteilt. Ziel einer autofreien Innenstadt ist es, die Aufenthaltsqualität deutlich zu steigern und so für Kund*innen wieder attraktiv zu werden.

(4a) Wie ist die Position der AfD zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch weitgehende Autofreiheit?

Der Citti-Park prosperiert, weil man mit dem eigenen Pkw schnell und bequem ohne lästige Parkplatzsuche vorfahren und die Einkäufe ohne größere Schwierigkeiten verladen kann.

Der Anteil der Fahrgäste, die den ÖPNV nutzen, liegt in Kiel bei unter 10%. Hier besteht im Vergleich zu anderen Städten Aufholbedarf. Kiel sollte hier von anderen erfolgreichen ÖPNV-Modellen lernen.

(4b) Wie stark müsste ein Bürgervotum dazu ausfallen, das Ihre Partei überzeugt?

Die AfD setzt sich grundsätzlich für eine starke Bürgerbeteiligung ein. Voten von Bürgerentscheiden sollten für die Politik bindend sein

Kiel gehört seit dem letzten Jahr zu den wenigen Kommunen in Deutschland, die mit einem Masterplan 100% Klimaschutz verbindliche Klimaschutzziele bis 2050 und damit einhergehend Einsparungen im Energiebereich beschlossen haben. Viele Bauvorhaben wie z.B. neue Stadtteile oder der Anschluss der A21 sind hinsichtlich der Klimaziele allerdings problematisch, weil sie eine Zunahme des motorisierten Straßenverkehrs bedingen.

(5a) Wie will die AfD sicherstellen, dass zukünftige Ratsbeschlüsse nicht den Vorgaben des Masterplans zuwider laufen?

Umweltschutz ist kein Selbstzweck, sondern verbessert die Lebensqualität aller! Wir werden als AfD-Ratsfraktion alles dafür tun, dass die hohen Umweltstandards dort erhalten bleiben, wo es Sinn macht und Verbesserungen in jenen Bereichen anstreben, in denen es nötig und wünschenswert ist.

Die AfD hält es für wichtig, den Begriff der Klimaneutralität zu relativieren, denn es gibt keine klimaneutralen Geräte. Jede Produktion von Materialien für Energiesysteme geht mit Emissionen einher. Ein Import dieser Materialien aus dem Ausland entspräche einem externalisierten Klimabeitrag, der im Masterplan 100% Klimaschutz unbedingt berücksichtigt werden muss.

Dabei werden wir andere gewichtige Aspekte jedoch nicht aus dem Auge verlieren. Wichtige Infrastrukturprojekte, die die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Kiel langfristig sichern, werden wir bei unserer Abwägung genauso berücksichtigen wie die Frage nach dem Erhalt bestehender und zukünftiger Arbeitsplätze.

(5b) Welche Maßnahmen (neben dem Bau des Küstenkraftwerks) sieht die AFD als prioritär an, um die gesteckten Ziele zu erreichen?

Es ist wenig sinnvoll einzelne Projekte hervorzuheben. Wirksamer Umweltschutz setzt an vielen Stellen an. Dazu gehört ein effizienter Strom- und Wärmeverbrauch ebenso wie durchdachte Verkehrs- und Transportkonzepte. Die Stadt Kiel sollte hierbei mit gutem Beispiel vorangehen. Potential sehen wir insbesondere in der energetischen Sanierung kommunaler Liegenschaften. Bei allen geplanten Maßnahmen muss jedoch eines klar sein: Die Vorhaben müssen bezahlbar sein. Der Anteil Solaranlagen auf Dachflächen öffentlicher Gebäude sollte in Kiel pro Jahr gesteigert werden.

Für im Zuge von Bauvorhaben vernichtete Naturflächen, Bäume und Knicks ist gesetzlich vorgeschrieben, dass der Ausgleich möglichst bauortnah erfolgt. Aktuell (Ratsbeschluss Oktober 2017) liegt die Satzung für das Gewerbegebiet Boelckestraße Nord in Holtenau vor, wo artenreiches Grünland überplant wird. Der Ausgleich findet fast ausschließlich in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie im Kreis Schleswig-Flensburg statt. Typischerweise werden sogar Baumersatzpflanzungen in der Praxis häufig aus dem Stadtgebiet „ausgelagert“.

(6a) Wird sich die AFD im kommenden Rat aktiv dafür einsetzen, den Prozentsatz an „ausgelagerter Ersatzmaßnahmen“ deutlich zu begrenzen?

Ja, Kiel ist eine Stadt mit vielen kleinen „Oasen“ zum Regenerieren (u.a. Forstbaumschule, Schrevenpark, Projensdorfer Gehölz). Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies so bleibt. Die Baumersatzpflanzungen sollen innerhalb des Stadtgebietes erfolgen.

(6b) Wird sich die AFD dafür einsetzen, dass das angekündigte Ausgleichsflächenkataster öffentlich zugänglich ist?

Die AFD steht für Transparenz! Das angekündigte Ausgleichsflächenkataster soll öffentlich zugänglich sein.

Der Innere Grüngürtelring ist für weite Teile der Stadtbevölkerung bei zunehmender innerstädtischer Verdichtung durch die „Wachsende Stadt“ ein wichtiger Bereich zur Naherholung. Dieser Grüngürtel ist innerhalb der letzten Jahrzehnte immer weiter in der Fläche reduziert worden, z.B. durch das geplante Möbelzentrum auf dem Prüner Schlag, Ikea, B76.

(7a) Ist die AFD für den Erhalt des heute noch verbliebenen Inneren Grüngürtelrings in seiner Gesamtheit?

(7b) Wie steht die AFD für den Fall abnehmender Kleingartennutzung zu einer Umwidmung der betroffenen Flächen zu allgemein zugänglichen Grünflächen oder auch Ausgleichsflächen?

Sollte es tatsächlich zu einem Nachfragerückgang bzgl. der Kleingärten kommen, sollten die betroffenen Flächen zu allgemein zugänglichen Grün- bzw. Ausgleichsflächen (Streuobstwiesen) umgewidmet werden.

2017 hat die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von 30ha/Tag ab 2030 festgelegt. Kiel muss folglich seinen Flächenverbrauch trotz „Wachsender Stadt“ eindämmen, z.B. durch Begrenzung der Bauvorhaben auf bereits versiegelte Flächen oder neue Entsiegelungsmaßnahmen. Für das innerstädtische (Sozial- und Temperatur-) Klima spielen unversiegelte Flächen eine erhebliche Rolle.

(8a) Wie steht die AfD zu der Forderung nach einer Obergrenze für Versiegelung, z.B. auf der Basis des Wohnbauflächenatlas 1.0?

Die Kieler AfD spricht sich gegen eine zunehmende Versiegelung von städtischen Flächen aus.

Grundsatz: Grünflächen erhalten! Flächen wenn möglich entsiegeln! Der Wohnbauflächenatlas für Kiel zeigt allerdings interessante Potentiale auf, die auf einen Rückgriff auf Freiflächen verzichten. So besteht in gewissem Umfang die Möglichkeit, Aufstockungen bereits existierender Gebäude vorzunehmen.

(8b) Durch welche Maßnahmen will die AfD das ggf. erreichen?

Bei Neubauvorhaben (Supermärkte, Parkgaragen...) könnte man in die Höhe bzw. Tiefe bauen, um eine zunehmende Versiegelung zu vermeiden.

Das Thema Insektensterben ist in aller Munde. Immer mehr Kommunen in Deutschland (bisher über 100 Städte und Gemeinden) haben sich zu pestizidfreien Kommunen erklärt. Sie pflegen, wie auch Kiel, ihre Grünflächen komplett pestizidfrei oder zumindest ohne Glyphosat. Ergänzend wird dort auch Einfluss auf den Verkauf von Pestiziden an Privatleute für deren eigene Gärten genommen. In Kiel liegen Beschlüsse zur „Bienenfreundlichen Kommune“ und „Essbaren Stadt“ vor.

(9) Unterstützt die AfD eine mögliche Beschlussvorlage Kiel zur „Pestizidfreien Kommune“ zu erklären?

Die AfD unterstützt die Beschlüsse der Stadt zur „Bienenfreundlichen Kommune“ und „Essbaren Stadt“